

Bildung und Forschung

Bildung

- Kulturübergreifende und integrative Bildungs- und Forschungsarbeit
 - Vielsprachigkeit (verstärkte Förderung von Sprachen in der Bildung)
 - Austausch
- Einheitliche Bildungsstandards und Bildungsmobilität
 - Vereinfachte Anrechnung fördern, Anrechnung der Curricula
 - ECTS
 - Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse
 - Erhöhung der ERASMUS Stipendien
- Anerkennung des Kindergartens als Bildungseinrichtung
- Gesamtbildungskonzept statt „Bildungsfleckerlteppich“
- Eltern-Coaching
 - Neben dem Bildungsauftrag der Schule soll Unterstützung für Eltern in der Erziehung/Bildung angeboten werden.
- Unterstützung der PädagogInnen in den Schulen durch Sozialarbeiter
- Bildung als Grundrecht
 - weg von der Ökonomisierung der Bildung
 - Öffentliche Verantwortung für Bildung

Forschung

- Mehr EU Budget für Forschung
 - Budgetverschiebung innerhalb des EU Budgets weg von Subventionen der Agrargroßindustrie hin zu Forschung und Bildung
 - Auch Grundlagenforschung sichern und fördern
- Demokratisierung und Unabhängigkeit der Forschung fördern
 - Dadurch auch mehr öffentliches Forschungsbudget in der EU notwendig
- Vereinfachung der Forschungsförderung (EU und national)
- Forschungsförderung nicht nur für Großprojekte, auch für KMUs

Moderation: Daniela Bichiou

Daseinsvorsorge

Bei der Diskussion zum Thema Daseinsvorsorge wurde der Begriff Daseinsvorsorge sehr weit gefasst, z.B. sollen folgende Bereiche auch zu diesem Begriff zählen:

- Zugang zu Kommunikation & Information
- Bibliotheken, Kultur
- Öffentliche Schwimmbäder, Sportmöglichkeiten,..

Zusammenfassung

- **Diskriminierungsfreier & leistbarer Zugang für alle**
- **Flächendeckende Versorgungssicherheit**
- **Garantie von hoher Qualität und „Zielgruppenadäquanz“**
 - Altersspezifische Daseinsvorsorge:
 - z.B. ältere Menschen haben andere Bedürfnisse und benötigen auch andere Zugangsmöglichkeiten als junge
 - kinderspezifische Daseinsvorsorge durch Stärkung von Elternkompetenz
 - Antidiskriminierung beim Zugang
- **Daseinsvorsorge muss zugunsten des Allgemeinwohls erbracht werden, nicht nach den Prinzipien gewinnorientierter Privatwirtschaft**

Weitere Forderungen

- Sicherung der Daseinsvorsorge auf hohem Niveau
- Stopp der Liberalisierung und Privatisierung
- Wettbewerbsfähigkeit darf nicht das einzige Kriterium sein
 - Freier Wettbewerb nur dort, wo die Qualität und der Zugang für alle nicht verloren geht. Kein Monopol- oder Oligopolbildung, wenn Daseinsvorsorge privat erbracht wird
- Daseinsvorsorge-ErbringerInnen müssen Transparenz und Kontrolle unterliegen
- Versorgungssicherheit!! Nicht zuerst Gewinne privatisieren und danach Verluste sozialisieren
- Kultur für alle
- Gleicher Zugang zu Bildung → Chancengleichheit
 - vom Kindergarten bis zum lebenslangen Lernen
 - Hochwertige Bildung aus öffentlicher Hand für alle

Moderation: Julia Lemonia Raptis

Energie

Zusammenfassung

- Keine anlassbezogene Energiepolitik
 - Langfristige Konzepte
 - Nicht nur „in der Gaskrise“ und nachher wieder schnell vergessen
- Forschung auf Energie bündeln
 - Förderung von Forschung im alternativen Energiebereich bevorzugen auf Kosten von fossiler Energie und Atomenergie
- Energiepolitik → auf die Gesamtenergiebilanz achten
- Umstieg auf alternative Energie für Einzelpersonen erleichtern
- Energiesicherheit

Weitere Schlagworte und Ideen

- Energiewende → Umdenken ... Handeln
- Kommunikation & Bewusstseinsbildung
- Energieeffizienz: Raumwärme – Baustoffe
- Ökobilanzierung
- Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern
- Ermöglichen, dezentrale Energie wirtschaftlich in das „Netz“ einzubinden (Orte, Regionen)
- Europäische Energieautarkie
- Energiediversifikation
- Energiesparen und alternative Energie fördern
- EURATOM-Vertrag hinterfragen
- Solarenergie, Wärmedämmung, Energieeffizienz
- Individualverkehr einschränken, öffentlichen Verkehr stärker fördern

Moderation: Klaus Mayer

Finanzkrise

- Finanzkontrolleinrichtungen stärken, Einrichtung einer **europäischen Finanzmarktaufsicht**
 - Weltweite Vereinheitlichung der Aufsichtsgrundsätze
 - Eigenkapitalausstattung von Banken verbessern
 - Banken sollen verpflichtet werden, in Boomphasen ausreichende Rücklagen für Krisen anzulegen.
 - Standards für die Vergabe von Krediten verbessern
- **Transparenz** in der Finanzwirtschaft verbessern
 - Transparenz und Kontrolle müssen gestärkt werden, um das Vertrauen in Finanz und Wirtschaft wieder herzustellen.
- Objektivierung der Wirtschaftsprüfung
 - Wirtschaftsprüfer sollen jährlich rotieren und nicht über Jahre hinweg dieselben Unternehmen prüfen, von denen sie möglicherweise wirtschaftlich abhängig sind, wodurch ein Interessenskonflikt und ein Anreiz zu Gefälligkeitsgutachten entsteht.
- **Bonuszahlungen** für Manager sollen an langfristige Unternehmensentwicklung geknüpft werden.
- Europäische Solidarität für die Bewältigung der Krise ist erforderlich
- Eindämmung der Finanzspekulation; Verbot von Spekulation mit Lebensmitteln und Energie; Einführung einer **Finanztransaktionssteuer**
 - Weltweites Verbot von Hedge Fonds und Private Equity Fonds
- **Staatshilfe** an Banken soll mit **Auflagen** zur Wirtschaftsförderung (Kreditvergabe) verbunden werden.
 - europaweit einheitliche Bedingungen für Hilfspakete an Banken sicherstellen (Bonuszahlungen, Dividenden, Kreditvergabe)
- Einführung einer Kerosinsteuer zur Finanzierung des EU-Budgets
- Investitionen in Infrastruktur und Bildung forcieren, um die Krise zu überwinden
- Nicht nur Verluste, sondern auch Gewinne sozialisieren
- Ursachen der Finanzkrise müssen systematisch aufgearbeitet werden, um aus der Krise zu lernen.
- Staatliche Kontrolle der Infrastruktur muss gesichert werden; Die Grundversorgung darf nicht dem Risiko des Marktes ausgesetzt werden.
- EU-weite Sicherung der **staatlichen Pensionsvorsorge**
- **Schließen von Steuerschlupflöchern**

Menschenrechte, Asyl und Anti-Diskriminierung

- Gleiche Gewichtung für gesellschaftspolitisch wie für wirtschaftliche Ziele
- Stärkung des Schutzes vor Diskriminierung
 - Z.B. Informationskampagnen und Kontrolle
- Konkrete, europaweite **auch soziale** Grundrechte (Grundrechtecharta)
- Hilfe für Entwicklungs- und Schwellenländer
 - Bildung, Wohlstand **und Menschenrechte** exportieren, statt Armut zu importieren
 - Faire Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika (z.B. Wegfall von EU-Agrarexportsubventionen)
- Standardisierung des Asylrechts und der Asylverfahren; gleiches Engagement **aller** EU-Staaten
 - Harmonisierung der Aufnahmekriterien
 - Gleichmäßige Aufteilung und Aufnahmequoten
- Koordinierte Unterstützung Italiens und Spaniens durch EU
- Hebung des Lebensstandards in afrikanischen Ländern
- Arbeitserlaubnis für anerkannte Asylwerber
- Darstellung und Informationen der EU in den Auswanderungsländern
- Bekenntnis zum Einwanderungsland mit entsprechenden Regeln, Asyl getrennt von Einwanderung behandeln.
- Strenge Trennung zwischen Religion und Staat, Religion ist Privatsache
- Sinti und Roma als europäische Minderheit verstärkt schützen
- EU-weite Maßnahmen gegen Menschenhandel

Moderation: Florian Horn

Soziales

Im Rahmen des EUROPATALKS 2009, veranstaltet am 13.03.2009 im Wiener *ega* von der JG, dem BSA, dem Team für Europa und der neuBASIS Wien, diskutierten an Europa interessierte Menschen in mehreren Runden über die europäische Sozialpolitik, zeigten in diesem Zusammenhang Missstände auf und versuchten Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Umstände zu erarbeiten.

Im Rahmen der Gespräche ergaben sich neben einer Vielzahl an Gedanken und Ideen fünf wesentliche Punkte, die im Allgemeinen im Interesse der TeilnehmerInnen waren:

Schaffung von Sozialstandards

Die Europäische Union muss zu einer Sozialunion werden. Die Formulierung einer Sozialcharta sowie die Schaffung von EU-weiten Gesetzen, die Sozialdumping in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterbinden, sind dafür zwingende Maßnahmen. Bei der Erarbeitung bestimmter Sozialstandards ist darauf zu achten, dass diese entsprechend hoch gewählt werden, um eine Verbesserung, und nicht eine Verschlechterung in den einzelnen Mitgliedsstaaten darzustellen.

Globalisierte Solidarität

Den negativen Auswirkungen von wirtschaftlicher Globalisierung muss mit globalisierter Solidarität unter den Menschen begegnet werden. Eine starke europaweite Gewerkschaft würde einen bedeutenden, ersten Schritt zum Erreichen dieses Zieles darstellen.

Bildung für alle

Bildung und Ausbildung ist ein wichtiger Faktor, der die Position jedes einzelnen Menschen im sozialen Gefüge mitbestimmt. Daher ist der freie Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen für ein sozialdemokratisches Europa essentiell.

Prävention im Sozialbereich

Ein sozialdemokratisches Europa bietet einerseits ein engmaschiges Soziales Netz, das Menschen in Existenz bedrohenden Situationen auffangen muss. Andererseits ist es notwendig, die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Menschen vor dem Fall in dieses Soziale Netz zu bewahren. Dies kann z.B. durch die Sicherung von Arbeitsplätzen, freier Bildung und freiem Zugang zum Gesundheitssystem bewerkstelligt werden.

Recht auf Arbeit und freier Zugang zum Gesundheitssystem

In der Europäischen Union sollen Menschen ein Recht auf Arbeit haben, die für diese nicht nur Existenz sichernd, sondern auch in jeder Hinsicht befriedigend und erfüllend ist. Das Gesundheitssystem hat ohne finanzielle oder anderweitige Hürden frei zugänglich zu sein.

Moderation: Helmuth Haslacher

Sicherheit

Zusammenfassung

- EU-weite Kooperation und Angleichung der sicherheitstechnischen und rechtlichen Standards: eher noch utopisch
- Österreich: Wunsch nach mehr BeamtInnen in der Exekutive
- Beide Sicherheitsbereiche wurden angesprochen:
 - Security im Sinne von sicherheitstechnischen und polizeilichen Überlegungen
 - Safety im Sinne sozialer Absicherung durch Institutionen und gemeinschaftliche Netzwerke zur Prävention vor gesellschaftlichen Missständen
- Äußere Sicherheit: EU soll ihre Rolle als Global Player wahrnehmen
- Forcierung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ohne ein verpflichtendes „Mitziehen“ der Mitgliedstaaten bei militärischen Aktionen
- Ehrlicher Umgang mit Österreichs (Schein-)Neutralität
- Bekämpfung der Kriminalität in einem europaweiten Kontext
- Bekämpfung des Drogenhandels in Europa
- Netzwerke sozialer Sicherheit als Prävention für Kriminalität
- Drogen- und Suchtprävention, vermehrte Aufklärungsarbeit
- Garantie des Datenschutzes, auch in Zeiten des Kampfes gegen Terrorismus

Detailbericht

In der ersten Runde wurde das Thema vorwiegend in Zusammenhang mit Polizei und sicherheitsdienstlichen Belangen gebracht, wobei die Aussicht auf eine EU-weite Kooperation und Angleichung der sicherheitstechnischen, wie auch der rechtlichen Standards den DiskutantInnen eher utopisch und noch fern erschien. Der Fokus des Interesses lag dabei eher darauf, was konkret im nationalen Rahmen – sprich in Österreich – verbessert werden kann, wobei hier vorwiegend der Wunsch nach mehr BeamtInnen in der Exekutive geäußert wurde. Ein weiterer Vorschlag plädierte für die Wiedereinführung eines Hausmeisters [sic!] in jeder Gemeindebauanlage, der für mehrere Stiegen auch in Hinblick auf die Gewährleistung einer gewissen Sicherheit im Haus da sein soll. Als Vergleich wurde hier angeführt, dass Häuser mit Hausmeistern sicherer gewesen seien und es dort weniger Kriminaldelikte gegeben hätte. Die Diskussion blieb auf die innere Sicherheit beschränkt.

In der zweiten Runde erschien ein neues Begriffspaar, welches einerseits Sicherheit im Sinne von security (also die bereits erwähnten sicherheitstechnischen und polizeilichen Überlegungen) und im Sinne von safety (soziale Absicherung durch Institutionen und gemeinschaftliche Netzwerke zur Prävention vor gesellschaftlichen Missständen) begriff. Im Gegensatz zur vorangegangenen Runde rückte der Aspekt der äußeren Sicherheit in der

Vordergrund, wobei hier die Anregungen kam, dass die EU ihre Rolle als Globalplayer wahrnehmen solle und Österreich nicht nur polizeiliche und justizielle, sondern auch militärische Koordination mit den anderen Mitgliedsstaaten erfolgreich umsetzen solle. Es gelte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu forcieren. Dabei wurde auch die „scheinbare Neutralität“ Österreichs hingewiesen, da unser Land als EU-Mitglied mit vertraglichen Rechten und Pflichten(!), sowie im Zuge des Partnerschaftsabkommens mit der NATO nicht mehr als neutral (im Vergleich zur Schweiz) betrachtet werden kann. Dies müsse der Bevölkerung auch erklärt werden und der politische Fetischismus mit der Neutralität sollte doch aufhören. Die militärische Kooperation sei vor allem hinsichtlich der länderübergreifenden Koordination bei Krisen und Katastrophen erforderlich, jedoch auch um der EU ein militärisches Antlitz im internationalen Konzert der Mächte zu geben. In der letzten Gesprächsrunde wurde hierbei noch ergänzt, dass die Notwendigkeit einer verstärkten außen- und sicherheitspolitischen Kooperation nicht automatisch die notwendige Verpflichtung des Mitziehens bei militärischen Interventionen nach sich zieht. Andererseits wurde jedoch auch die Kritik an dieser Einstellung geäußert, insofern die EU bereits ein militärisches Potential in der WEU und der NATO aufweise und Österreich nicht in den Status eines WEU-Landes mit militärischer Orientierung geraten solle. Die bereits vorhandenen Organisationen gelte es besser zu koordinieren.

Im Bezug auf den safety-Aspekt von Sicherheit wurde in der letzten Diskussionsrunde die Notwendigkeit der Bekämpfung der Kriminalität in einem europaweiten Kontext angedacht, wobei hier der Fokus auf die Bekämpfung des Drogenhandels in Europa gelegt wurde. Durch Netzwerke sozialer Sicherheit mit institutioneller Absicherung ließen sich die bereits angesprochenen Probleme der Kriminalität besser in den Griff bekommen als mit der reinen Aufstockung der ExekutivbeamtInnen. Mittels Drogen- und Suchtprävention, die vor allem über die Schulen verstärkt laufen sollte, sollte dem Drogenproblem mit vermehrter Aufklärungsarbeit in einem europaweiten Rahmen beigegeben werden.

Ein sehr wesentlicher Punkt, der sich durch alle Diskussionsrunden zog war die unbedingte Notwendigkeit der Garantie des Datenschutzes, der vor allem in Zeiten des Kampfes gegen den Terrorismus und der unter anderem damit einhergehend Videoüberwachung im öffentlichen Raum, gewährleistet sein müsse. Hierbei ist noch zu ergänzen, dass ein oder zwei DiskutantInnen die Meinung äußerten, dass die Videoüberwachung dennoch ein Gefühl von Sicherheit gebe und vielleicht sogar Täter vor Kriminaldelikten zurückschrecken ließe.

Mein persönlicher Eindruck (Moderator Richard Sattler) war, dass die beteiligten Menschen gerne und offen diskutierten und sich durchaus ein Meinungspluralismus abzeichnete. Grundsätzliche hatten alle DiskutantInnen eine positive Haltung gegenüber der EU, wobei Verbesserung sowohl auf supranationaler Ebene, wie auch auf der jeweiligen nationalstaatlichen Ebene notwendig sind, um längerfristige Erfolge im Bereich Sicherheit verzeichnen zu können. Jedoch wurde auch die Problematik der Koordination und Absprache zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten angesprochen, die Anbetracht der unterschiedlichen Interessenslagen nicht einfach umzusetzen sein und Österreich in dieser Hinsicht schwer habe mittels Lobbying seine eigenen Anliegen durchzusetzen.

Moderation: Richard Sattler

Umwelt und Landwirtschaft

Landwirtschaft

- Subventionen für die Landwirtschaft - werden hier die Gelder richtig verteilt? Die Subventionen könnten verringert werden.
- Keine Subventionen
 - für Massentierhaltung
 - für Gentechnik
 - für Überproduktion
 - für Landwirtschaft mit hohem Chemikalieneinsatz
 - und keine Exportsubventionen
- Statt dessen
 - „Ökosoziallabel“ mit Kennzeichnung, ob (insbesondere Lebensmittel) ökologisch und sozial verträglich sind
 - Schutzzonen um Gentechnikanbau verpflichten
 - gesunde Lebensmittel fördern

Energie

- Erneuerbare Energien fördern (hier gab es unterschiedliche - auch widersprüchliche Ideen welche Energieformen - Wind, Wasser, Thermodynamik, Solar,... gefördert werden sollen oder nicht - daher keine Auflistung).
- Keine Atomkraft (hier gab es eine Gegenstimme)

Verkehr

- Kostenwahrheit im Verkehr
- Transporte reduzieren
- Regionalisierung fördern z.B. CENTROPE-Projekte
- Kerosinsteuer

Klimaschutz

- Klimaschutzziele ernst nehmen

Möglichst alle Umweltschutzgesetze auf EU-Ebene regeln

Moderation: Pia Paola Huber

Verkehr

In einer anregenden und vielseitigen Diskussion entwickelten die TeilnehmerInnen der Europa-Melange zum Thema Verkehr folgenden Ansätze:

Öffentlicher Verkehr

- Keine Privatisierungen als wichtiger Auftrag. Dadurch soll auch die Sicherheit der Infrastruktur gewährleistet werden (siehe Negativbeispiel Schienenverkehr Großbritannien).
- Flächendeckender Ausbau der öffentlichen Verkehrsnetze (Vorbild Schweiz)
- Unterstützung von Entwicklung und Forschung zum Thema öffentlicher Verkehr
- Gesamtkonzept der EU zum Thema Verkehr wird gefordert
- Stärkere Bürgerbeteiligung

Individualverkehr

- Rechtliche Sicherheit für Fahrgemeinschaften (Haftungs- und Versicherungsfragen) auf europäischer Ebene ermöglicht
- Verhinderung der Giga-Liner LKWs mit bis zu 60.000 Kilogramm Transportladung, die quer durch Europa kreuzen
- Europa-Vignette, die für alle EU-Länder gilt (nicht einzelne Straßenbenützungsgabgaben)

Umweltschutz

- Ausbau und mehr Finanzmittel für umweltfreundlichere Antriebe
- Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene (Anreize sind notwendig)
- Ökologische Raumordnung unter Einhaltung der Lebensqualität
- Wasserwege noch stärker ausbauen und nutzen

Recht

- EU-einheitliche Verkehrsregeln

Moderation: Heinrich Himmer

Wirtschaft

- „Geht´s den Menschen gut, geht´s uns allen gut“
- Kritische Auseinandersetzung mit Globalisierung
- Mehr Regulierung der Märkte
- Einheitliche europäische Sozialnormen, um Lohndumping zu verhindern
- Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
- Herstellen von Steuergerechtigkeit
- Prekäre Dienstverhältnisse bekämpfen
- EZB reformieren
- Vorrang für die Realwirtschaft
- Sozialpartnerschaft in der EU

Moderation: Raphael Sternfeld

Fotos und Termine von weiteren Europatalkveranstaltungen auf

www.europatalk.at

